

## Vertrauen in die Zukunft

Dieses Leitmotiv prägte die Beratungen des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union auf einer Klausurtagung am 26./27. Januar 1986 in Mayschoß. Nach einem Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl über die politische Lage und einer sich daran anschließenden Diskussion gab der Generalsekretär Heiner Geißler einen Bericht über die Wahlkampfplanung und den Stand der Beratungen des Wahlprogramms.

In der elfstündigen Diskussion befaßte sich der Bundesvorstand auch mit einem ersten Bericht sowohl der Agrarkommission wie der Rentenkommission. Die Ergebnisse dieser Kommission werden in das Wahlprogramm einfließen. Vor der Verabschiedung des Wahlprogramms sind weitere Beratungen in der Wahlprogramm-Kommission unter Leitung des Generalsekretärs sowie im Bundesvorstand und mit der CSU vorgesehen. In ihrem Wahlprogramm wird die CDU verdeutlichen, daß sie die Partei des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Sicherheit, der Sicherung von Frieden und Freiheit und eines neuen Vertrauens in die Zukunft ist.

### HEUTE LESEN SIE

#### ● OFFENSIVE '87

Unter diesem Stichwort stehen alle Aktivitäten der CDU in den kommenden Wochen. Sie sollen den Bürgern zeigen: Wir sind aktiv und offensiv. Diesmal stellt der UiD Beispiele und Anregungen für die „Beschäftigungsaktion 10000“ vor. Seite 19—23

#### ● DOKUMENTATION

Das bringt 1986: Die neue Familienpolitik — Sicherung der Zukunft. Grüner Teil

#### ● NEUE HEIMAT

Eine Zusammenfassung über die Schulden der DGB-eigenen Baugesellschaft Neue Heimat und die dafür Verantwortlichen. Seite 11

## Union in der Wählergunst deutlich vorn

Die Unionsparteien liegen ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl in der Wählergunst klar vorn. Die CDU/CSU würde, wenn jetzt Bundestagswahl wäre, 45 Prozent der Stimmen gewinnen, die SPD 40 Prozent. Zusammen mit der FDP (sieben Prozent) würde die Union eine Mehrheit von 52 Prozent erreichen, während die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne (ebenfalls sieben Prozent) zusammen nur auf 47 Prozent kämen. Das ist ein Ergebnis von Umfragen, die das

Bielefelder Emnid-Institut im Januar für den „Spiegel“ machte.

Auf die Frage, für wen sich die Bundesbürger bei einer Direktwahl des Kanzlers entscheiden würden, nannten 48 Prozent Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und 47 Prozent den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. In einer Allensbach-Umfrage (10. bis 21. Januar) liegt die CDU/CSU sogar bei den Erststimmen jetzt bei 48,0 %; die SPD kommt auf 41,8%.

# Ziel der Union: Ein moderner Industriestaat und eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

**Vor der Bundespressekonferenz in Bonn erläuterte Heiner Geißler die Schwerpunkte des Wahlprogramms:**

**Die Bundesregierung hat unter Führung der Union eine gute und überzeugende Leistungsbilanz vorzuweisen.** Der politische Schutt, den die Sozialdemokraten hinterlassen hatten, ist weggeräumt, die Krise ist überwunden, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland haben nun wieder ein solides Fundament.

Aus Angst ist Hoffnung, aus Pessimismus ist Optimismus geworden. Die Kriegsangst ist zurückgegangen, die Zukunfts- und Technikangst ist gebändigt und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hat sich ebenfalls verringert. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft und Tatkraft. Sie haben ihr Selbstvertrauen zurückgewonnen. **Eine neue Aufbruchstimmung in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist spürbar.**

Die Bundestagswahl 1987 ist eine Durchsetzungswahl. In dieser Wahl fällen die Bürger eine politische Richtungsentscheidung, sie stimmen ab über die bisherige Politik der Union und ihr künftiges Programm; wir sind überzeugt, daß sie der SPD und den GRÜNEN eine klare Absage erteilen werden.

Die Union hat eine hervorragende Bilanz ihrer Regierungsarbeit vorzuweisen. Deshalb wird sie auch die Bundesrepublik Deutschland erfolgreich in eine sichere Zukunft führen. Die CDU hat immer betont, daß die Bewältigung der Aufgaben, die sie bei Regierungsübernahme vor-

fand, weit in die nächste Legislaturperiode hineinreicht. Die Union bereitet jetzt die politischen Weichenstellungen für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren vor. Dies wird auch Schwerpunkt des Wahlprogramms der Union sein.

**Ziel der Union ist es, die Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren zu einem modernen sowie leistungs- und wettbewerbsfähigen Industriestaat und zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht weiterzuentwickeln.** Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn unsere Bürger Leistung und Kreativität, soziale Verantwortung und Rücksichtnahme auf den Nächsten als wichtige Handlungsmaxime begreifen. Mit Pessimismus, Wehleidigkeit und Realitätsflucht werden wir die Zukunftsprobleme nicht bewältigen können.

**Von den Zukunftsthemen, mit denen die Union sich in den nächsten Monaten besonders auseinandersetzen wird, möchte ich hervorheben:**

## 1. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolgskurs auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen

Auf der Grundlage unserer Stabilitätspolitik wollen wir den Wirtschaftsaufschwung verbreitern und dauerhaft festigen. Deshalb bleiben stabiler Geldwert, niedrige Zinsen, steigende Investitionen für mehr sichere Dauerarbeitsplätze un-

ser vorrangiges Ziel. Wir werden die gefährlich überhöhte Steuer- und Abgabenquote zurückführen. Denn nur so gewinnen wir den Spielraum für die höhere Anerkennung beruflicher Leistung und privater Initiative in Wirtschaft und Gesellschaft, für anhaltend hohe Investitionen unserer Volkswirtschaft und für dauerhaft niedrige Steuersätze. Nur so können wir angesichts eines härteren internationalen Wettbewerbs die Modernisierung unserer Volkswirtschaft erfolgreich gestalten und schrittweise die Arbeitslosigkeit abbauen. Gerade mittelständische und junge Unternehmen müssen durch die Schaffung günstiger wirtschaftlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen und durch die Unterstützung der betrieblichen Forschungs- und Innovationskräfte sowie die Möglichkeit eines raschen Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bessere Chancen erhalten.

## **2. Wir schaffen ein gerechteres und übersichtliches Steuersystem mit einer geringeren Steuerbelastung**

Die Mehrzahl der Arbeitnehmer und Selbständigen ist einer überzogenen progressiven Besteuerung ausgesetzt. Berufliche Leistung und unternehmerisches Risiko werden nicht ausreichend durch eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens honoriert. Wir wollen einen bescheidenen Staat, der überhöhte Steuergelder wieder an die Bürger zurückgibt. Wir wollen die unerträglich hohe Grenzbelastung für die arbeitenden Menschen und die Personengesellschaften verringern. Ziel unserer Steuerreform ist es, insbesondere die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten. Wir wollen die Kinderfreibeträge weiter anheben, denn Eltern mit Kindern sollen erheblich weniger Steuern zahlen.

## **3. Wir wollen den technischen Fortschritt und die Möglichkeiten der neuen Technologien für den Menschen nutzen und seine Folgen politisch gestalten**

Neue Technologien ermöglichen die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen, fördern wirtschaftliches Wachstum, schaffen zukunftssichere und gleichzeitig humane Arbeitsplätze, ermöglichen den sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und helfen uns bei der Lösung von Umweltbelastungen. Die neuen Technologien stellen aber auch eine ethische Herausforderung für uns Christliche Demokraten dar. Wir werden eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation formulieren, die uns glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert. Wissenschaftler und Techniker müssen sich ihrer besonderen Verantwortung für Forschung und Anwendung der Technik bewußt sein.

## **4. Durch unsere konsequente Wirtschafts-, Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik werden wir auch künftig zukunftssichere neue Arbeitsplätze schaffen**

Schwerpunkte unserer Beschäftigungspolitik werden angesichts der gestiegenen Anforderungen in allen Berufen die bessere Qualifizierung und die berufliche Weiterbildung der Arbeitnehmer sein. Für Jugendliche, die nach ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz bekommen haben, für Dauerarbeitslose und ältere Arbeitnehmer werden wir dabei zusätzliche Vorschläge machen. Die weitere Flexibilisierung des Arbeitsrechts entspricht den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und muß

u. a. von den Tarifpartnern realisiert werden.

## **5. Wir wollen eine Sozialpolitik, die den Gedanken der zwischenmenschlichen Solidarität in den Mittelpunkt rückt**

Die Kräfte des einzelnen zur Selbsthilfe und die Fähigkeit der Gemeinschaft zu dezentraler, praktischer „Nächstenhilfe“ sollen verstärkt werden. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden und Selbsthilfegruppen sind notwendig. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen, die nicht nur einen Anspruch auf eine sichere Rente haben, sondern auch den Wunsch nach altersgemäßen Wohnungen haben, familiäre und soziale Kontakte zur Überwindung der Einsam-

keit sowie Hilfe bei Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit brauchen. Die Erleichterung und Unterstützung der häuslichen Pflege älterer Menschen wird daher ein sozialpolitischer Schwerpunkt in der nächsten Legislaturperiode sein.

## **6. Wir wollen das Europa der Bürger vollenden**

Wir wollen bis zum Ende dieses Jahrzehnts den europäischen Binnenmarkt vollenden, die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft voranbringen und den europäischen Agrarmarkt reformieren. Kern unserer Europapolitik ist die deutsch-französische Zusammenarbeit. Wir sagen Ja zu einem selbstbewußten Europa, wir sagen Ja zur europäisch-atlantischen Partnerschaft. Die außen- und sicherheitspolitische Kernaussage der CDU lautet auch in Zukunft: Frieden und Freiheit für Deutschland.

# **Der Bundesvorstand fordert den DGB auf, konkrete Vorschläge zu § 116 zu machen**

**Als weiteres wichtiges Ergebnis hat der Bundesvorstand beschlossen, dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Sicherung der Neutralität dieser Bundesanstalt für Arbeit durch eine Änderung des § 116 AFG zuzustimmen.**

Es geht bei diesem Gesetzentwurf um die dringend notwendige Klärung der Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf, nicht um das Streikrecht. Die Gelder für Arbeitslose dürfen weder als Streikgelder für den DGB noch als Aussperrungssubvention für Arbeitgeber mißbraucht werden. Die CDU ist für wirkliche Verbesserungsvorschläge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens offen. Der CDU-Bundesvor-

stand fordert die Führung des DGB daher auf, sich sachlich und konstruktiv an der Diskussion über den Gesetzentwurf zu beteiligen und seine Vorschläge zu nennen.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der Tarifverträge fällt in der sozialen Marktwirtschaft in die eigenverantwortliche Zuständigkeit der Tarifpartner. Deshalb muß der Staat in Arbeitskämpfen neutral sein. Arbeitskämpfe gehören zur Tarifautonomie. Damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Not Schaden leidet, müssen Arbeitskämpfe das letzte Mittel in Tarifausinandersetzungen bleiben. Deshalb müssen die Gewerkschaften das Risiko von Arbeitskämpfen wie die Arbeitgeber selbst tragen. Wenn eine ganze Branche

durch den Schwerpunktstreik in einigen Schlüsselbetrieben stillgelegt werden soll, darf die Arbeitslosenversicherung nicht zur Streikkasse der Gewerkschaften werden. Diese Grundsätze waren bis 1984 unumstritten. Sie sind durch die Streiktaktik der IG Metall in Zweifel geraten, und sie werden durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung wieder klargestellt: Wer streikt oder ausgesperrt ist oder direkt zum umkämpften Tarifgebiet gehört, erhält kein Kurzarbeitergeld. Das war auch bisher so.

Wer zu einem anderen tariflichen Fachbereich gehört und vom Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist, erhält die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit immer. Wenn bei Metall Arbeitskampf herrscht, können die Chemiewerker nichts dazu, daß sie keine Reifen mehr liefern können. Dies wird so zum ersten Mal gesetzlich geregelt und ist daher eine klare Verbesserung im Interesse der Arbeitnehmer.

Wer zum gleichen tariflichen Fachbereich gehört und mittelbar vom Arbeitskampf betroffen ist, erhält nur dann kein Kurzarbeitergeld, wenn der Arbeitskampf für ihn stellvertretend mitgeführt wird.

Eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand ist es auch, daß der Arbeitgeber verpflichtet wird, den von ihm behaupteten Arbeitsausfall als Folge eines Arbeitskampfes glaubhaft zu machen und eine Stellungnahme des Betriebsrates hierzu beizufügen. Zur Überprüfung der Angaben kann das zuständige Arbeitsamt Feststellungen im Betrieb treffen. Kommt das Arbeitsamt zu dem Ergebnis, daß eine Streikursache für den Arbeitsausfall nicht vorliegt, so haben die Arbeitnehmer Anspruch auf volle Lohnfortzahlung. Die „kalte Aussperrung“ wird also erschwert.

Der CDU-Bundesvorstand fordert die Führung des DGB auf, seine Mitglieder

und die Öffentlichkeit über den wirklichen Inhalt der Regelungen zu informieren und die Bundesregierung nicht zu diffamieren. Einseitige Informationen und Stimmungsmache haben zu unerträglichen und für die Demokratie gefährlichen Folgen geführt. Telefonterror, Mahnwachen, Spießrutenlaufen für arbeitswillige Arbeitnehmer, Gewalt gegen Oberbürgermeister Wallmann sind die Folge einer hemmungslosen Agitation. Die Führung der IG Metall kann sich nicht durch verbale Erklärungen von der Verantwortung für solche Vorkommnisse befreien. Wir erwarten von den Verantwortlichen, daß sie entsprechende Konsequenzen ziehen.

Seit drei Jahren haben wir in der Bundesrepublik wieder reales wirtschaftliches Wachstum, stabile Preise und steigende Realeinkommen, eine Reduzierung der Kurzarbeiter um 1 Mio. im letzten Jahr, eine Zunahme der Arbeitsplätze um 250 000 und ein Stopp des Zuwachses der Arbeitslosen. Alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute und die Deutsche Bundesbank sagen einen positiven Konjunkturverlauf für dieses Jahr voraus. Wir warnen die Führung der IG Metall und Teile des DGB, durch ihre Kampagne das soziale Klima aufzuheizen und dadurch den wirtschaftlichen Aufschwung zu beeinträchtigen. Wir fordern alle Arbeitnehmer und alle Mitglieder der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf, auf ihre führenden Funktionäre einzuwirken, sich nicht an einer Politik der Sabotage des wirtschaftlichen Aufschwungs im Dienste der sozialdemokratischen Partei zu beteiligen.

**Die Einheitsgewerkschaft ist eine wichtige Errungenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, zu der vor allem die christliche Arbeitnehmerschaft einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Sie darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.**

# Das hat der DGB noch alles vor

**Mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen will der DGB seine Kampagne gegen die geplante Neufassung des Neutralitätsparagrafen 116 AFG fortsetzen. Hier ein Auszug aus seinem Aktionsplan:**

- 1. Februar: Info-Stände in Fußgängerzonen/Einkaufszentren
- 3. bis 7. Februar: Podiumsdiskussionen in den Wahlkreisen
- 12. Februar: Flugblattverteilung bundesweit vor den Betrieben

Im Februar: Resolutionen der Tarifkommissionen

- 1. März: Info-Stände in Fußgängerzonen/Einkaufszentren

Anfang März: Aktionen vor den Betrieben, die 1984 ausgesperrt haben

Die CDU muß bei diesen Aktionen ihre Auffassung offensiv vertreten, wie das beispielsweise der Bezirksverband Südbaden mit einem Beschluß des Bezirksvorstandes vom 20. Januar getan hat:

„Der Bezirksvorstand der CDU Südbaden unterstützt den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu § 116 AFG. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fällt in der Sozialen Marktwirtschaft in die eigenverantwortliche Zuständigkeit der Tarifpartner. Deshalb muß der Staat in Arbeitskämpfen neutral sein. Arbeitskämpfe gehören zur Tarifautonomie. Damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Not Schaden leidet, müssen Streiks das letzte Mittel in Tarifauseinandersetzungen bleiben. Deshalb müssen die Gewerkschaften das Risiko von Arbeitskämpfen wie die Arbeitgeber selbst tragen. Wenn eine ganze Branche durch den Schwerpunkstreik in einigen Schlüsselbetrieben stillgelegt werden soll, darf die Arbeitslosenversicherung

nicht zur Streikkasse der Gewerkschaften werden. Diese Grundsätze waren bis 1984 unumstritten. Sie sind durch die Streiktaktik der IG Metall in Zweifel geraten, und sie werden durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung wieder klargestellt. Umgehungs- und Mißbrauchsmöglichkeiten werden für Arbeitgeber und Gewerkschaften abgebaut.

Die CDU Südbaden fordert eine gründliche parlamentarische Beratung und zügige Verabschiedung des Gesetzentwurfes. Sie appelliert an die verantwortlichen Gewerkschaftsführer, ihre wahrheitswidrige Kampagne einzustellen und wieder zur Sache zu diskutieren. Die wirtschaftliche Wiedergesundung und die Rückgewinnung der Vollbeschäftigung sind vorrangige Aufgabe. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hat hier große Erfolge erzielt. Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze haben die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten verbessert. Gewerkschaftsführer, die aus parteipolitischen Motiven die freigewählte Bundesregierung bekämpfen — vom Arbeitskampf 1984 über die Aktionswochen im vergangenen Herbst bis zur aktuellen Kampagne —, mißbrauchen ihre Aufgabe der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen.“



## Nixdorf stellte 3 100 Mitarbeiter ein

Die Nixdorf Computer AG in Paderborn hat ihren Umsatz 1985 gegenüber dem Vorjahr weltweit um 20 Prozent auf rund 3,9 Milliarden DM gesteigert. Das Unternehmen stellte im vergangenen Jahr 3100 neue Mitarbeiter ein. In der Bundesrepublik wurden allein 2300 neue Arbeitsplätze geschaffen.

# Paragraph 116: Der DGB behauptet noch immer die Unwahrheit

Beim Gespräch zwischen den Geschäftsführenden Vorständen des DGB und der CDA am 17. Januar 1986 war das alte Referentenmaterial des DGB ein Thema. Die DGB-Vertreter hatten erklärt, daß dieses Material überaltert sei (womit zugegeben wurde, daß der Regierungsentwurf besser ausfiel, als der DGB vermutet hatte), und die Falschdarstellungen würden durch neues Material ersetzt. Das „Ergebnis“ dieses neuen Materials ist der Anlaß für Norbert Blüms Schreiben an Breit.

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Kollege Ernst Breit,

ich fordere Dich und den DGB auf, endlich damit aufzuhören, die Unwahrheit über die Bundesregierung und ihre Bemühungen um eine Klarstellung von § 116 AFG zu verbreiten.

In der neuesten Ausgabe des vom DGB am 16. Januar 1986 herausgegebenen Referentenmaterials ist auf Seite 4 zu § 116 AFG zu lesen:

*„Dieser Paragraph bestimmt, daß die Bundesanstalt Kurzarbeitergeld auszahlen muß, wenn Arbeitnehmer außerhalb der Arbeitskampfgebiete als Fernwirkungen von Streik und Aussperrungen keine Arbeit mehr haben.*

*Unternehmer und Bundesregierung wollen, daß Arbeitnehmer künftig — von Ausnahmen abgesehen — kein Kurzarbeitergeld mehr bekommen, wenn sie von Fernwirkungen von Streik oder Aussperrung betroffen sind.“*

**Diese Darstellung ist ebenso falsch wie die von Anfang Dezember 1985. Aus Unwahrheit wird auch durch Wiederholung keine Wahrheit!**

Ich fordere Dich auf, Dein Versprechen zu halten, zur Wahrheit zurückzukehren! Laß mich Deine Entscheidung umgehend wissen.

Mit kollegialen Grüßen

Dein Norbert Blüm

Seine Kampagne gegen die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des § 116 AFG hat der DGB auf zwei zentrale Desinformationen aufgebaut.

1. Zum geltenden Recht wird in einem Anfang Dezember bundesweit verbreiteten Flugblatt behauptet: „Alle Arbeitnehmer, die außerhalb des Arbeitskampfgebietes von arbeitskampfbedingten Produktionseinschränkungen betroffen — das heißt: kalt ausgesperrt — sind, müssen Kurzarbeitergeld bekommen. So will es das Gesetz.“

2. Zu den Plänen der Bundesregierung heißt es im „Referentenmaterial“ des DGB (bundesweit verschickt seit 10. 12. 1985): „Kurzarbeitergeld soll kalt ausgesperrten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden.“

## Bisher wurde nicht immer gezahlt

**Der geltende § 116 AFG bestimmt:**

„Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.“ Und: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht, wenn ein Arbeitnehmer durch einen Arbeitskampf arbeitslos geworden ist, an dem er zwar nicht unmittelbar beteiligt ist, der aber auf eine Änderung auch seiner Arbeitsbedingungen „abzielt“.

Diesen Abziel-Tatbestand (Stellvertreter-Streik) hat die Selbstverwaltung der Bun-

desanstalt für Arbeit in der Anordnung von 1973 so definiert, daß für den mittelbar betroffenen Arbeitnehmer Forderungen erhoben sein müssen, die „nach Art und Umfang gleich“ wie im umkämpften Tarifgebiet sind.

### **Bisher hat es aufgrund dieser Rechtslage folgende Fälle von Zahlung oder Nichtzahlung gegeben:**

Im November/Dezember 1971 — also noch vor Geltung der Neutralitätsanordnung fand in der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Baden ein Arbeitskampf statt, der sich auf Automobilwerke außerhalb des Tarifgebietes auswirkte. Mit Erlaß vom 22. 11. 1971 ordnete der Präsident der Bundesanstalt ein Ruhen des Leistungsanspruchs für mittelbar betroffene Arbeitnehmer der Metallindustrie an. Der Verwaltungsrat beschloß demgegenüber unter Bezugnahme auf § 116 Abs. 4 AFG den Präsidenten zu korrigieren und den mittelbar betroffenen Arbeitnehmern doch Leistungen zu gewähren. Das Bundessozialgericht hat dann 1975 diesen Beschluß des Verwaltungsrates für rechtswidrig erklärt.

Im Frühjahr 1978 zahlte die Bundesanstalt im Zuge des Arbeitskampfes in der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Baden keine Leistungen an mittelbar betroffene Metall-Arbeitnehmer im Tarifbezirk Süd-Württemberg/Hohenzollern und Süd-Baden, während außerhalb Baden-Württembergs an mittelbar betroffene Metall-Arbeitnehmer gezahlt wurde. Unterscheidungskriterium war, ob die gewerkschaftlichen Forderungen außerhalb des Kampfgebietes in wesentlichen Punkten von denen des umkämpften Tarifvertrages abwichen. Diese Entscheidung des Präsidenten, teilweise zu zahlen und teilweise nicht zu zahlen, wurde rechtlich nicht angefochten.

Im Metall-Arbeitskampf des Frühjahrs

1984 entschied der Präsident der Bundesanstalt, an mittelbar betroffene Metall-Arbeitnehmer außerhalb des umkämpften Tarifgebietes wegen der zentralen Forderung der 35-Stunden-Woche nicht zu zahlen. Sozialgerichte in Bremen und Hessen verfügten gegen diesen Erlaß des Präsidenten einstweilige Anordnungen, so daß die Bundesanstalt für Arbeit unter Vorbehalt zahlte. In der Sache ist dieser Streit nicht entschieden; in der 1. Instanz haben dazu noch nicht einmal die mündlichen Verhandlungen begonnen.

**Die DGB-Behauptung, bisher habe nach dem Gesetz immer gezahlt werden müssen, ist also falsch. Genau diese Behauptung wird aber in dem neuen Referentenmaterial erneut aufgestellt.**

So soll es nach den Plänen der Bundesregierung in Zukunft sein:

1. An mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb der umkämpften Branche wird immer gezahlt. Das ist auch geltende Praxis gewesen, stand aber nicht im Gesetz, sondern ging lediglich aus der Anordnung hervor. Hier wird gesetzliche Klarheit geschaffen, denn es gibt juristische Anzweiflung, ob die Anordnung in diesem Punkt nicht den vorgegebenen Rahmen des Gesetzes überschritten hat.

2. Im allgemeinen wird auch an Arbeitnehmer derselben Branche außerhalb des Kampfgebietes gezahlt, es sei denn, für sie sei eine Tarifforderung erhoben, die „einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist“.

**Auch die Behauptung des DGB im erneuerten Referentenmaterial, „Unternehmer und Bundesregierung wollen, daß Arbeitnehmer künftig — von Ausnahmen abgesehen — kein Kurzarbeitergeld mehr bekommen, wenn sie von Fernwirkungen von Streik oder Aussperrung betroffen sind“, dient mehr der Weckung von Emotion als der Vermittlung von Information.**

# Ein Skandal des DGB: Die „Neue Heimat“ am Abgrund

**Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Lage der „Neuen Heimat“ ist verzweifelt. Das sind die Tatsachen:**

■ Die „Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH“ hat mehr als zehn Milliarden Mark Subventionen und Steuerermäßigungen vom Staat kassiert.

■ Die „Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH“ ist mit 17,8 Milliarden Mark verschuldet.

■ Die Krise war seit vier Jahren abzusehen. Bis heute liegt jedoch vom DGB, dem Eigentümer der „Neuen Heimat“, kein Sanierungskonzept vor.

■ Durch überstürzte Wohnungsverkäufe versuchte der DGB, den Berg an Verbindlichkeiten abzubauen. Das gelang nicht. Jetzt ruft der DGB nach Steuergeldern, um die „Neue Heimat“ zu sanieren.

■ Der DGB ist jedoch verantwortlich für die Lage der „Neuen Heimat“. Er muß finanziell dafür gerade stehen. Der DGB hat genug Geld dafür, aber er hat zuwenig soziale Verantwortung.

■ 1982 gab der DGB anderthalb Milliarden Mark für die vom Konkurs bedrohte „Neue Heimat Städtebau“, die gehörte ihm als privatwirtschaftliches Unternehmen. — Jetzt hängt der gemeinwirtschaftliche Teil der „Neuen Heimat“ am Abgrund: Der DGB läßt ihn dort hängen und stößt ihn vielleicht sogar hinein.

**Fest steht aber auch:** Mit Steuergeldern wird der „Neuen Heimat“ diesmal nicht geholfen. Denn der DGB ist reich genug. Er muß der „Neuen Heimat“ Geld geben. Das ist seine Pflicht und dazu ist er sehr wohl in der Lage.

## Wie konnte das passieren?

Die Unternehmensgruppe „Neue Heimat“, die dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften gehört, teilt sich in zwei große Äste: in den gemeinnützigen Teil, die „Neue Heimat Wohnungsbau“ (Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH), deren Anfänge bis 1926 zurückreichen, und in den privatwirtschaftlichen Teil, die 1969 gegründete „Neue Heimat Städtebau“.

## Zeitraum 1969 bis 1982:

Im gleichen Zeitraum, in dem die SPD-Regierung mit ihrer verfehlten Politik die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland einem Tiefpunkt entgegentrieb, geriet auch die „Neue Heimat Städtebau“ an den Rand des Ruins. Auslands-Spekulationen mit Wohnraum und Bauland, aber auch ziemlich unsaubere Praktiken, gepaart mit unglaublicher Unfähigkeit, führten nach Milliardenverlusten 1982 zum großen Knall. Großmannssucht von Gewerkschaftsführern und Firmen-Managern, die anscheinend dachten, daß Hotels und Luxuswohnungen in fernen Ländern den deutschen Arbeitern helfen würden, hat die „Neue Heimat Städtebau“ beinahe in den Konkurs getrieben.

In diesem Fall sprangen die Gewerkschaften mit 1,5 Milliarden Mark ein. Sie retteten ein privatwirtschaftliches Unternehmen vor dem Konkurs. Sehr ehrenhaft, doch offenbar schon völlig vergessen! Der damals gefeuerte Vorstandsvorsitzende Albert („King“) Vietor wurde durch Diether Hoffmann ersetzt.

## Zeitraum 1982 bis heute:

Weder Hoffmann noch der DGB oder die Einzelgewerkschaften entwickelten in

den seither verstrichenen vier Jahren ein Konzept zur Rettung der Neuen Heimat. Erst Ende 1985 haben 17,8 Milliarden Mark Verbindlichkeiten der „Neuen Heimat Wohnungsbau“ (zum Vergleich: Die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Bundeshaushalt 1986 betragen 13,5 Milliarden Mark) die Führung der „Neuen Heimat“ zu panikartigen Wohnungsverkäufen veranlaßt.

Für die etwa eine Million Mieter der „Neuen Heimat“ bringen diese Wohnungsverkäufe enorme Verunsicherungen und Belastungen mit sich. Zwar werden ihnen in den meisten Fällen die Wohnungen zum Kauf angeboten, aber zu Preisen, die sie als Sozialmieter nie bezahlen können. Die dann „verkauften“ Mieter müssen mit erheblich höheren Mieten rechnen, und den übrigen Mietern der „Neuen Heimat“ bleibt die Ungewißheit, ob ihre Wohnungen nicht auch verkauft werden. Dadurch ist das früher von der „Neuen Heimat“ garantierte „lebenslange Wohnrecht“ (so die Werbung) gefährdet, da langfristig ein Erwerber durchaus Eigenbedarf anmelden kann. Gerade bei älteren Mietern geht deshalb Angst um. Aber das haben die für die „Neue Heimat“ Verantwortlichen schnell erkannt: Selbst die Wohnungsverkäufe können die unglaubliche Schuldensumme von fast 18 Milliarden Mark nicht wesentlich verringern.

### Wer sind die Verantwortlichen im Aufsichtsrat der „Neuen Heimat“?

Um nur die prominentesten Namen zu nennen:

**Ernst Breit** (SPD), Vorsitzender des Aufsichtsrates, gleichzeitig Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes;

**Kurt van Haaren** (SPD), Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft;

**Franz Steinkühler** (SPD), stellvertretender Vorsitzender der IG Metall;

**Helmut Teitzel** (SPD), Mitglied Bundesvorstand DGB;

**Günter Volkmar** (SPD), Vorsitzender HBV;

**Wolfgang Weber** (SPD), Vorstand NGG;

**Dr. Monika Wulff-Mathies** (SPD), Vorsitzende ÖTV;

Und vor kurzem erst ausgeschieden: Die Gewerkschaftsführer **Eugen Loderer** und **Heinz-Oskar Vetter**.

### Und wen kontrollieren diese Aufsichtsräte?

Den Vorstand: Diether Hoffmann (SPD), Vorstandsvorsitzender, und Erich Frister (SPD), ehemals Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, jetzt im Vorstand der „Neuen Heimat“.

**Als Ergebnis bleibt:** Die „Neue Heimat“-Manager können nicht mit Geld umgehen. Diese Manager sind SPD-Mitglieder. Der Aufsichtsrat der „Neuen Heimat“ war und ist offensichtlich unfähig, seine Pflichten wahrzunehmen. Und die Manager der „Neuen Heimat“ sind trotz des Skandals von 1982 nicht klüger geworden. Es ist ja auch nicht ihr Geld, das verschleudert wurde, sondern Steuergeld (zehn Milliarden Mark seit Bestehen der „Neuen Heimat Wohnungsbau“) und Gewerkschaftsgeld (1,5 Milliarden Mark seit 1982 zur Rettung der „Neue Heimat Städtebau“).

### Was sagen die Mieter zu den Wohnungsverkäufen?

Äußerungen auf einem Mietertreffen im Hamburger Stadtteil Farmsen, in dem die Neue Heimat 2 553 Wohnungen verkauft hat: „Vor 30 Jahren sind wir in Schlichtwohnungen mit Kanonenöfen gezogen. Mit eigener Arbeit und eigenem Geld haben wir sie in Komfortwohnungen verwandelt. Jetzt sollen sie verscherbelt werden.“ ... „Was meinen Sie denn, hier wäre doch längst alles verkommen, wenn

wir es nicht schön gemacht hätten. Jetzt kommen Sie und verkaufen die Wohnungen heimlich.“ (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 5. Oktober 1985)

Äußerungen von Mietern der verkauften Henri-Dunant-Siedlung in Frankfurt:

„Die betrügen die Leute, für die sie angeblich gemeinnützig gebaut haben.“  
 „Die Miete werden sie wohl erhöhen“, sagt eine Nachbarin, die „an Armen und Beinen gezittert hat“, als sie las, daß die „Neue Heimat“ ihre Wohnung verkauft.  
 „Am ärgsten“, sagt sie „sind dann die Witwen dran, die eine kleine Rente haben. Von denen gibt es hier genug.“ (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 25. September 1985)

Auszug aus der Predigt von Pfarrer Hans Blum in der von der „Neuen Heimat“ verkauften Henri-Dunant-Siedlung: „Die Gesellschaft, die sich Neue Heimat nennt, hat die Heimat von Menschen verkauft. Ob sie damit die Menschen selbst verkauft und verraten hat, wissen wir noch nicht. Aber die Angst vor möglichen Folgen des Ausverkaufs sitzt im Nacken, macht schlaflos und krank.“ (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 3. Oktober 1985)

Äußerung des Mieters Alfred Gerl in Sosenheim: „Wir sind keine reichen Leute, wer will denn die (zum Verkauf angebotenen) Wohnungen kaufen? Eine ganze Reihe der heutigen Bewohner, darunter viele alte Menschen, können gerade knapp die Miete bezahlen. . . . Wir sind hier mehr oder weniger an der Nase herum geführt worden.“ (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 24. September 1985)

### Wie geht es nun weiter?

Der DGB muß schnell handeln. Läßt er die „Neue Heimat“ in Konkurs gehen, so wäre das für die eine Million Mieter ein deutliches Zeichen gewerkschaftlicher

Verantwortungslosigkeit. Die Mieter verlassen sich auf die Eigentümer der „Neuen Heimat“: den DGB und seine Einzelgewerkschaften.

### Was macht der DGB?

Die Gewerkschaften (DGB und Einzelgewerkschaften) gehen davon aus, daß sie mit 1,5 Milliarden Mark, die sie in die „Neue Heimat“ gegeben haben, genug zur Sanierung beigetragen haben. Sie vergessen offensichtlich vollkommen, daß dieses Geld an die private „Neue Heimat Städtebau“ gegangen ist. Der gemeinwirtschaftliche Teil der Unternehmensgruppe ist bisher nicht unterstützt worden. Die Gewerkschaften wollen aber auf keinen Fall Gelder an die „Neue Heimat Wohnungsbau“ geben. Sie sind „an Beschlüsse gebunden“. Gemeint sind Beschlüsse, die auf DGB-Bundeskongressen gefaßt wurden. Dazu beispielsweise der DGB-Kreisvorsitzende Skribelka, Aufsichtsratsmitglied der „Neuen Heimat Bremen“ in einem Interview mit der Bremer Zeitung „NZ“ am 29. Oktober 1985:

**Frage:** „Werden die Gewerkschaften noch einmal von der NH zur Kasse gebeten?“

**Skribelka:** „Ich kann mir vorstellen, daß solche Forderungen auf den Tisch kommen. Es gibt aber eindeutige Beschlüsse dagegen. Außerdem hat der DGB-Bundvorsitzende Ernst Breit klargestellt, daß die Gewerkschaften nicht für die NH da sind, sondern die NH und mit ihr die gesamte Gemeinwirtschaft für die Gewerkschaften. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften nicht noch einmal zahlen können.“

### Was will die „Neue Heimat“?

Verständlicherweise unterscheidet sich die Meinung der „Neue Heimat-Manager“ nicht von der Auffassung der Gewerkschaften: Die Wohnungsverkäufe

sollen die Schulden ohne Rücksicht auf die Mieter abbauen. Jedoch sind die Einnahmen aus diesen Geschäften im Vergleich zu den Verbindlichkeiten zu gering. Die Bundesregierung soll deshalb die verbleibenden Schulden decken. Die „Neue Heimat“ kann sich nicht mehr selbst helfen, und die gewerkschaftlichen Eigentümer wollen offenbar nicht helfen.

### Was schlägt die SPD vor?

Die SPD tut zunächst empört über die Wohnungsverkäufe der Gesellschaft, deren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Genossen sind und deren Besitzer der DGB ist, der zunehmend als Hilfstuppe der SPD auftritt. Dann aber hat die SPD das Ei des Kolumbus entdeckt: Steuergelder müssen her. Der Staat soll die „Neue Heimat“ sanieren, weil die Eigentümer sich um die Verantwortung drücken wollen.

### Zusammenfassung:

Die Gewerkschaften haben die Möglichkeiten, haben die Gelder und sie haben die Verpflichtung zur Rettung der „Neuen Heimat“. Sie müssen handeln. Der Ruf nach öffentlichen Geldern ist in dieser Situation abwegig.

Bundesbauminister Oscar Schneider im Deutschen Bundestag am 17. Januar 1986:

*„Ich frage mich nur, was der deutsche Arbeitnehmer, das Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, was der kleine Mann auf der Straße zu solch einem Verhalten sagt. Denn gefordert ist hier nicht die Neue Heimat; gefordert ist hier der Eigner, der Gesellschafter, deren Repräsentanten in der vollen Verantwortung in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder für und in der Neuen Heimat stehen . . . Der DGB muß die Verunsicherung beenden und seiner gesellschaftlichen und unternehmerischen Verpflichtung in sozialer Weise nachkommen.“*

In der ARD-Fernsehsendung „Brennpunkte“ am 22. Januar 1986 antwortete der Bundesbauminister auf die Frage, ob es vom Staat Hilfe für die Neue Heimat gibt, klar und knapp: „Keine Hilfe für die Neue Heimat!“

Deshalb sollten die Gewerkschaften endlich einsehen: Wie sie die privatwirtschaftliche „Neue Heimat Städtebau“ gerettet haben, so müssen sie heute auch den gemeinnützigen Teil ihres „Neue Heimat“-Konzerns vor dem Zusammenbruch bewahren — aus unternehmerischer, vor allem aber aus sozialer Verantwortung, auf die sie sich doch sonst so gern berufen.

## Klepsch: Der Zwiespalt der europäischen Linken

Die Ablehnung der Luxemburger Beschlüsse zur Vertragsreform der Europäischen Gemeinschaft im dänischen Parlament ist keine Überraschung mehr, da die dänischen Sozialdemokraten sich bereits in der Vorwoche auf eine antieuropäische Verweigerungshaltung festgelegt hatten, erklärte der Fraktionsvorsitzende der EVP im Europäischen Parlament, Egon Klepsch. Die knappe Mehrheit der Neinsager im Folketing kann die Fahrt des europäischen Zuges verzögern, aber sie kann den Zug nicht anhalten. Von dem jetzt unausweichlich gewordenen Referendum wird man Aufschluß darüber erhalten, wie die dänische Bevölkerung wirklich denkt. Wir sind überzeugt davon, daß eine Mehrheit nicht bereit sein wird, den Neinsagern auf dem Weg in das europäische Abseits zu folgen. Dänemark braucht die Gemeinschaft, umgekehrt wünschen die anderen Mitglieder nicht, daß das Land durch die uneinsichtige Haltung der Verweigerer zum Austritt gezwungen wird. Die Abstimmung im Folketing hat erneut bestätigt, wie zwiespältig die Linke noch immer ist.

# Recht sichert die Freiheit

**Am 24./25. Januar 1986 führten CDU und CSU einen gemeinsamen rechtspolitischen Kongreß in Karlsruhe durch. Unter dem Titel „Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“ befaßte sich der Kongreß vor allem mit den Problemkreisen „Der werdende Mensch“ und „Der sterbende Mensch“. Der UID wird die Kongreßergebnisse noch eingehend dokumentieren.**

Aus der Grundsatzrede von Generalsekretär Heiner Geißler veröffentlichen wir heute die Ausführungen zum Thema „Marxismus und politische Gewalt“:

Jede Organisation, jede Partei, jede politische Gruppierung, die das Prinzip der Gewaltfreiheit der politischen Auseinandersetzung in Frage stellt oder offen ablehnt, kündigt den Konsens der Demokraten. In unserem Land dürfen keine rechtsfreien Räume entstehen. Die Verhöhnung und Mißachtung des Rechts, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt haben, hat einen geistigen Hintergrund. Die Gewalttäter sind ja nicht nur Kriminelle. Das sind sie gewiß auch: Wer aber in ihnen ausschließlich Kriminelle sieht, der verharmlost sie, weil er sie entpolitisiert. Das politische Ziel eines jeden, der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung anwendet, ist es, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie abzuschaffen.

Leider muß ich feststellen, daß kontinuierlich seit den siebziger Jahren Gewaltanwendung und bewußte Verstöße gegen geltendes Recht Mittel der politischen Auseinandersetzung für linke Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland geworden sind. Der Terrorismus der sogenannten „Rote Armee-

Fraktion“, die Terror- und Bombenanschläge der „Roten Zellen“ in der Bundesrepublik Deutschland und verwandter oder ähnlicher Organisationen in Belgien und Frankreich sind der extremste Ausdruck der linken Auffassung, daß Gewalt ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein kann.

**Es kann auch nicht hingegenommen werden, daß die Schläge gegen den Oberbürgermeister Walter Wallmann von der Linken, einschließlich der Sozialdemokraten, zwar verbal verurteilt, aber die Täter sozusagen politisch freigesprochen werden, indem man die eigentliche Verantwortung dem Geschlagenen und seinen politischen Freunden zuordnet.** Der Sprecher der „Gewerkschaftler gegen Wallmann“, Reinhold Winter, sagte kürzlich, die Aktion gegen Wallmann war richtig, und eine Distanzierung sei unnötig.

Diese Mentalität hat ihre Ursachen. Es handelt sich hier nicht um die erste Form der Gewaltanwendung gegen Andersdenkende innerhalb der IG Metall oder der IG Druck und Papier. Beim Streik vor anderthalb Jahren waren Schläge und körperliche Behinderungen gegenüber arbeitswilligen Arbeitnehmern oder Betriebsleitern, die ihren Betrieb betreten wollten, an der Tagesordnung. Schon damals haben sich die Sozialdemokraten, genauso wie bei der Bewertung der Aktion gegen Walter Wallmann, doppelzünftig verhalten.

**Auch nach Frankfurt gehen die gewalttätigen Aktionen weiter. Dem CDU-Abgeordneten Austermann aus Itzehoe wurden die vier Reifen seines Fahrzeuges zerstochen. Viele Abgeordnete der Christlich Demokratischen Union klagen über einen zunehmenden Telefonterror radikaler Gewerkschaftsmitglieder. Dieser Psychoterror**

wird auf die Familienangehörigen ausgedehnt. Gewerkschaften gehen dazu über, durch sogenannte Mahnwachen vor den privaten Wohnungen von Abgeordneten die Frauen und die Kinder von Politikern unter psychischen Druck zu setzen.

Dies alles kann man nicht mehr als Ausnahmeerscheinungen abtun, es entspringt einer systematisch geführten klassenkämpferischen Agitation. Diesen psychischen und physischen Gewaltaktionen linker Gruppierungen im gewerkschaftlichen und politischen Bereich entsprechen die Gewaltaktionen, die seit über zwei Jahrzehnten von linken Hochschulgruppierungen an den deutschen Universitäten durchgeführt werden.

Der Kommunistische Bund Westdeutschlands, die Spartakisten und andere linksradikale Hochschulgruppen lehnen nicht nur jeden Dialog mit demokratischen Gruppierungen ab, sondern hindern Andersdenkende durch akustischen, physischen und psychischen Terror am Reden. Niederschreien, Behinderungen beim Beantworten von Fragen, Blockaden, die das Betreten der Versammlungsräume verhindern sollen, das Werfen von Gegenständen, das Verwenden von akustischen Geräten, um den Andersdenkenden mundtot zu machen, das alles sind Erfahrungen, die demokratische Politiker in der letzten Zeit an deutschen Universitäten und Hochschulen machen mußten.

**Diese linken Gruppierungen nehmen für sich selbstverständlich in Anspruch, daß zur Verwirklichung dieses Terrors Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Nötigung erlaubt seien.** Die politische Absolution erhalten diese linksradikalen Gruppierungen dadurch, daß die Nachwuchsorganisation der sozialdemokratischen Partei an den Hochschulen, die Jungsozialisten, die eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD sind, seit Jahren ausschließlich Bündnisse mit eben

diesen linken Gruppierungen eingehen und jede Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten ablehnen.

Diese Bündnisse der Jungsozialisten mit den Kommunisten an den deutschen Hochschulen und Universitäten sind eine der Hauptursachen dafür, daß die Mißachtung von Gesetzen bei Anhängern und Sympathisanten hoffähig geworden ist. Die negative Bewußtseinsbildung, was die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des Rechts als Voraussetzung für den inneren Frieden anbelangt, wird besonders verstärkt durch die Tatsache, daß die Sozialdemokraten in Hessen eine Koalition mit einer Partei eingegangen sind, deren Verhältnis zur Verfassung und zum geltenden Recht gebrochen ist.

So heißt es im Bundesprogramm der Grünen von 1980: „Der Grundsatz der Gewaltfreiheit bedeutet vielmehr, daß zur Verteidigung lebenserhaltender Interessen von Menschen gegenüber einer sich verselbständigenden Herrschaftsordnung . . . auch Widerstand gegen die staatlichen Interessen nicht nur legitim, sondern erforderlich sein kann (z. B. Sitzstreiks, Wegesperren, Behinderung von Fahrzeugen).“ Ein weiteres Zitat: „Jede Demokratie, jedes offene System ist das Resultat eines Rechtsbruchs . . . Ich werde weiterhin Rechtsbrüche in Kauf nehmen, um menschliche Verhältnisse zu schaffen.“ (Der Spiegel, 13. Juni 1983).

**Derjenige, der dies gesagt hat, ist der inzwischen auf die Verfassung vereidigte hessische Minister für Umwelt, Joseph Fischer. In diesen Zusammenhang paßt es, daß in einer Presseerklärung der Grünen vom 24. Januar 1986 eine Reihe von Koalitionspolitikern als „Gestapo-Fraktion“ bezeichnet wird. Derartige Diffamierungen sind der psychische Nährboden für Gewalttaten.**

Die Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, vor allem auch der jungen, lehnt eine provokatorische Mißachtung des Rechts ab. Aber dennoch dürfen die geistigen Auswirkungen nicht gering geschätzt werden. Wie soll der gesetzestreue Bürger, der jede Verkehrsübertretung mit zum Teil drakonischen Strafen büßen muß, eine positive Einstellung zum Rechtsstaat bewahren können, wenn die Sozialdemokraten Leute zu Ministern machen und mit ihnen Regierungsbündnisse eingehen, die in einer elitären Moral um ihrer von ihnen selbst definierten höheren Ziele willen Körperverletzungen, Sachbeschädigung, Land- und Hausfriedensbruch und Nötigung rechtfertigen.

Natürlich gibt es auch Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland, der sich vor allem in Gewaltanwendung gegenüber Ausländern äußert. Jeder, der Türkenwitze erzählt, trägt mit zur negativen Bewußtseinsbildung bei, die diese Sorte von Gewaltakten produziert. **Der Unterschied besteht darin: In der Beurteilung der Gewaltaktionen gegen Ausländer sind sich alle einig. Wenn dagegen CDU-Politiker geschlagen oder terrorisiert werden, wird die Gewaltanwendung entschuldigt oder sogar politisch gerechtfertigt.**

An der Universität Göttingen haben linke Hochschulgruppierungen sich damit gebrühet, seit acht Jahren keine Versammlung einer demokratischen Partei auf dem Campus „geduldet“ zu haben. Ich habe Mitte letzter Woche in Göttingen eine Versammlung mit dem RCDS mit 3 000 Studenten gegen den Versuch von über 1 000 Linksradikalen durchgesetzt, die Versammlung zu verhindern. Ich möchte Sie alle auffordern, an die deutschen Universitäten zu gehen, den Ring Christlich-Demokratischer Studenten zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, daß es in

dieser Demokratie keine demokratiefreien Räume gibt.

**Ich fordere die Sozialdemokraten auf, endlich dafür zu sorgen, daß ihre Nachwuchsorganisation, die Jungsozialisten, ihre universitären Volksfrontbündnisse mit den Kommunisten beendet. Solange Willy Brandt und die Parteiführung der SPD nicht in der Lage sind, sich von den Kommunisten in der Praxis abzugrenzen, tragen sie Mitverantwortung für die politische Gewalt, die von diesen linksradikalen Gruppierungen ausgeht.**

Offenbar nehmen linke Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland für sich in Anspruch, sich nicht an das Gebot der Gewaltfreiheit der politischen Auseinandersetzung halten zu müssen. Für mich steht fest, daß die Rechtfertigung von Gewalt durch die Linke ohne Rückgriff auf marxistische Theorien nicht verständlich ist. Der Marxismus selbst gehört auf den wissenschaftlichen Prüfstand. Mir geht es dabei nicht darum, „den“ Marxismus pauschal als Ursache für Gewalttaten in unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. Die politische Ideengeschichte kennt neben dem Marxismus des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats auch freiheitliche sozialistische bzw. sozialdemokratische Traditionen. Es ist sicherlich notwendig, zu differenzieren. Das darf jedoch nicht dazu führen, daß der Marxismus tabuisiert wird, wenn es um die Analyse politischer Gewalttaten geht. Karl Dietrich Bracher hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Gewalttheorien unserer Tage ohne die marxistische Komponente nicht zu denken sind. Jeder Versuch, den Marxismus als politisches Programm in die Tat umzusetzen, hat bisher immer zu weniger Freiheit und mehr Gewalt geführt.

## Protest gegen Folter in Chile

Am vierten Todestag des früheren chilenischen Präsidenten und großen demokratischen Staatsmannes Eduardo Frei (gestorben 22. Januar 1982), der auch heute noch Leitfigur der chilenischen Christdemokraten und ein Hoffnungsträger für die demokratische Entwicklung Lateinamerikas ist, hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler eine Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen in Chile vorgelegt. Die CDU verurteilt die schweren Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze durch das Pinochet-Regime. Sie erklärt erneut ihre Solidarität mit dem leidgeprüften chilenischen Volk.

Heiner Geißler: „Für uns sind Leben und Würde des Menschen unantastbar. Unser christliches Menschenbild gebietet uns, die Menschenrechte zu schützen und uns für ihre weltweite Verwirklichung einzusetzen. Die Dokumentation „Menschen-

rechte in Chile“ kann bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, angefordert werden.

## Kohl mahnt Firmen zu Neueinstellungen

Bundeskanzler Kohl hat erneut an die Unternehmen appelliert, „Neueinstellungen vorzunehmen, wo immer dies nur möglich ist“. Beim Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt warnte Kohl davor, die Lage auf dem Arbeitsmarkt allein der Konjunkturentwicklung zu überlassen. „Gesellschaftliche Sprengkraft“ sah der Kanzler in der wachsenden Zahl arbeitsloser Akademiker; hier müßten erhebliche Anstrengungen zur Umschulung unternommen werden. Kohl machte sich den „Arbeitsmarktappell“ der Chemie-Arbeitgeber zu eigen, die empfohlen hatten, regelmäßige Mehrarbeit zu überprüfen und verstärkt Teilzeitarbeit anzubieten.

## 1,4 Prozent im Januar: Weltmeister in der Preisstabilität

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten lag gegenüber dem Vorjahresmonat nur bei 1,4 %. Im Vergleich zum Dezember sind die Verbraucherpreise nur um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Damit ist das vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgegebene Ziel eines stabilen Preisniveaus praktisch erreicht. Ähnlich niedrige Teuerungsraten waren zuletzt 1968 zu verzeichnen. Im internationalen Vergleich der Preisstabilität liegt die Bundesrepublik Deutschland damit an der Spitze. Zu diesem positiven Ergebnis haben die sinkenden Ölpreise und die allgemein nachgebenden Rohstoffpreise wesentlich

beigetragen. Hinzu kommt, daß die allmähliche Abschwächung des US-Dollars die Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland verbilligt.

Zur Entwicklung der Verbraucherpreise erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Matthias Wissmann: Das inzwischen erreichte Maß an Preisstabilität ist aber auch Ergebnis der verantwortungsbewußten Wachstums- und Stabilitätspolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung, die das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die wirtschaftliche Zukunft stärkt.

# Erfolgreiche Vorbereitungen für die Gründung eines gemeinsamen Landesverbandes

**Gemessen am Ziel des Zusammenschlusses der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zu einem einheitlichen Landesverband CDU Nordrhein-Westfalen war die Vorstandskonferenz in Gelsenkirchen am 24. Januar 1986 erfolgreich. Zur Vorbereitung des Vereinigungsparteitages am 8. März 1986 hat die Vorstandskonferenz folgende wichtige Vorentscheidungen getroffen:**

Sie hat den Entwurf der gemeinsamen Satzungskommission, die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge aus den Gliederungen und Vereinigungen der Partei beraten und einen gemeinsamen Satzungsvorschlag für den Vereinigungsparteitag am 8. März 1986 verabschiedet.

Sie hat sich auf das Führungskonzept einer Landesleitung der CDU NRW geeinigt, der sowohl der Landesvorsitzende als auch der in einem getrennten Wahlgang zu wählende erste stellvertretende Vorsitzende angehören.

Sie schlägt dem Vereinigungsparteitag Professor Kurt H. Biedenkopf für das Amt des Landesvorsitzenden und Dieter Pützhofer für das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Sie hat sich auf eine zweijährige Amtsperiode des ersten gemeinsamen Landesvorstandes verständigt. Über diese zweijährige Amtsperiode hinaus gibt es keine personalpolitischen Präjudizierungen.

In diesem Zusammenhang hat Professor Biedenkopf erklärt, daß er für die Spitzenkandidatur der CDU für die Landtagswahl 1990 nicht zur Verfügung steht.

Über die Geschäftsverteilung zwischen dem Landesvorsitzenden und seinem ersten Stellvertreter innerhalb der Landesleitung soll in einer gemeinsamen Sitzung der geschäftsführenden Landesvorstände noch vor dem 8. März 1986 beraten werden.

Für die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder (4 Stellvertreter, Beisitzer, Schatzmeister und Stellvertreter, Landesgeschäftsführer) sollen die Landesvorstände dem Vereinigungsparteitag entsprechende Nominierungsvorschläge machen. Die CDU Westfalen-Lippe regt an, daß beide Landesvorstände ihre Wahlvorschläge jeweils auf die Hälfte der insgesamt zu wählenden Positionen begrenzen.

Die Vorstandskonferenz geht davon aus, daß die am 8. März 1986 verabschiedete Satzung der CDU NRW in Kraft tritt, sobald der Bundesparteitag im Herbst 1986 eine entsprechende Änderung des Bundesstatutes beschließt und der Generalsekretär die neue Satzung genehmigt hat.



## Roswitha Verhülsdonk stellvertretende Fraktionsvorsitzende

CDU-Bundestagsabgeordnete Roswitha Verhülsdonk ist zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Die 58jährige Koblenzerin wurde damit Nachfolgerin der am 10. Januar verstorbenen CDU-Politikerin Helga Wex.



# **Zur Sache:**

## **Wir sind auf dem richtigen Weg!**

### **1986: Mehr Wachstum - mehr Beschäftigung - mehr Einkommen**

Der Jahreswirtschaftsbericht 1986 eröffnet gute Aussichten:

- ⇒ Die deutsche Wirtschaft wird auch in diesem Jahr wieder kräftig wachsen - und zwar um rund drei Prozent. Das ist der stärkste Anstieg seit sechs Jahren.
- ⇒ Die Preise sind so stabil wie in den sechziger Jahren. Sie werden 1986 nur noch um anderthalb Prozent steigen.
- ⇒ Die Nettolöhne werden um etwa vier Prozent wachsen. Die Arbeitnehmer spüren die gute Wirtschaftsentwicklung in der Lohntüte.
- ⇒ Die Zahl der Beschäftigten nimmt weiter zu - in diesem Jahr um rund 300.000. Schon 1985 waren 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

**Die Regierung Helmut Kohl ist auf dem richtigen Weg: Wirtschaftlicher Aufschwung, neue Arbeitsplätze, geordneter Haushalt, stabile Preise, sichere Renten.**

**Das ist Politik für alle Bürger.**

Herausgeber CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Konrad-Adenauer-Haus 5300 Bonn 1 Nr. 416

# **CDU**

**/// sicher  
sozial  
und frei**

# CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

## Beschäftigungsaktion 10 000 Jeder Ortsverband macht mit!

Mehr Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen — das ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Mit der Wiederbelebung der Wirtschaft, der Schaffung von Preisstabilität und soliden Staatsfinanzen, dem Beschäftigungsförderungsgesetz und weiteren Maßnahmen hat die Regierung Helmut Kohl die Grundlagen für mehr neue und dauerhafte Arbeitsplätze entscheidend verbessert.

Mit einer „Beschäftigungsaktion 10 000“ werden zur Zeit auf allen Ebenen der CDU die Unternehmen, die Gewerkschaften und die Betriebsräte für den Abbau der Arbeitslosigkeit mobilisiert genauso, wie wir mit den „10 000 Friedenstag“ 1983 unsere Außen- und Verteidigungspolitik erfolgreich vertreten und vermittelt haben.

### Jetzt ist Aktivität gefragt!

Dabei hilft der Leitfaden: CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

Der Leitfaden enthält viele Vorschläge, wie sich die CDU-Verbände vor Ort für mehr Beschäftigung einsetzen können.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 9,30 DM

Bestell-Nr.: 3705

*Auf den nächsten Seiten stellen wir Aktionen vor, die einen kleinen Einblick geben über die vielfältigen Aktivitäten, mit denen sich Stadt- und Gemeindeverbände, Kreis-, Ortsverbände und Vereinigungen an der „Beschäftigungsaktion 10 000“ beteiligen.*



Beschäftigungsaktion  
10.000

**CDU-Offensive  
für mehr  
Beschäftigung**

**Leitfaden  
für Aktionen von  
CDU-Verbänden**

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

## Beispiel: CDU-Verband auf Lehrstellensuche

### Es geht um Ausbildungsplätze

# Fahrt mit Jugendlichen nach Baden-Württemberg

Ca. 25 Interessenten – CDU-Kreisvorstand tagte

**ZEVEN (CDU).** Auf seiner letzten Sitzung befaßte sich der CDU-Kreisvorstand erneut mit der Ausbildungsplatzsituation. Die vom Vorstand im Sommer ergriffenen Aktivitäten mit Freunden in Baden-Württemberg trugen Früchte. In Zusammenarbeit mit den für die Arbeitskreise Rotenburg und (Baden-Württemberg)

– daß von den Jugendlichen, die 1984 einen Ausbildungsplatz suchten, bis heute 99 % versorgt sind.

– daß, obwohl Jahr für Jahr mehr Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen, bereits die Zahl der Ausbildungsplätze von über 100.000 im September um 6,9 %

Der CDU-Kreisverband Rotenburg hatte für junge Leute auf Lehrstellensuche eine gute und eine schlechte Nachricht: Es war gelungen, rund 90 Ausbildungsplätze zu beschaffen. Allerdings lagen diese Ausbildungsplätze 700 km südlich vom Arbeitsamtsbezirk Stade im Bundesland Baden-Württemberg. Doch das war kein Grund für die CDU aufzugeben. Der Kreisverband organisierte eine Fahrt mit Ausbildungsplatzsuchenden in Zusammenarbeit mit Vertretern des Arbeitsamtes. 25 Jugendliche meldeten sich an, 17 fuhren mit und 16 fanden auf Anhieb einen Arbeitsplatz.

Wie der Zeitungsausschnitt zeigt, fand diese erfolgreiche Aktion breiten Raum in der örtlichen Berichterstattung.

**Kontakt:**  
CDU-Kreisverband Rotenburg  
(Wümme)  
Am Neuen Markt 26  
2720 Rotenburg (Wümme)

### Beispiel:

## Anfrage der CDU-Fraktion Extertal: Mehr Arbeits- beschaffungsmaßnahmen

Mit einer Anfrage im Rat gab die CDU Extertal den Anstoß für weitere Aktivitäten im Bereich von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Rat wurde aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zu bilden und mit der Aufgabe der Koordination von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu betrauen. Die Koordination soll in Absprache mit der Verwaltung erfolgen.

**Kontakt:**  
CDU-Fraktion im Rat der  
Gemeinde Extertal  
Werner Lampmann  
Beethovenweg 5  
4923 Extertal

## Beispiel: CDU Erftkreis

# Die CDU bekämpft die Arbeitslosigkeit

45 Ortsvorsitzende aus dem Erftkreis trafen sich zur ersten Vorsitzendenkonferenz im Kreishaus Hürth

● **Erftkreises.** Genauso wie mit den 10 000 Friedenstagern der CDU im Jahre 1983 werden auch alle Ortsverbände der CDU im Erftkreis an der neuen bundesweiten „Beschäftigungsoffensive 10 000“ beteiligen. Ziel der Aktion ist es, Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu mobilisieren.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen sollen sie auf ihre Verantwortung für Mehrbeschäftigung aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig soll der Bevölkerung gezeigt werden, wer das richtige Konzept für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat.

CDU-Kreisvorsitzende Dr. Jürgen Rüttgers betonte in seinem Einführungsreferat vor

den Ortsverbandsvorsitzenden, daß es bei dieser Offensive auch darum geht, das soziale Profil der CDU als Volkspartei deutlich zu machen. Soziales Profil heiße, daß es bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht allein nur um marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen gehe. Im Vordergrund müsse vielmehr immer die Betroffenheit am persönlichen Schicksal der Menschen stehen.

Die CDU will die Arbeitslosigkeit auf drei Wegen abbauen:

● **Neue Arbeitsplätze schaffen** durch bessere Marktchancen.

● **Neue Arbeitsmöglichkeiten** bieten durch gezielte Angebote für individuelle berufliche Qualifikation.

● **Neue soziale und humane Perspektiven** eröffnen für diejenigen, die aus eigener Kraft keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden.

Zwar ist es nach Meinung von Rüttgers richtig gewesen, die ganze Kraft in der Vergangenheit auf die Konsolidierung des Haushaltes und der sozialen Systeme zu konzentrieren. Der Abbau der Arbeitslosigkeit sei aber nicht alleine über die Markt zu erreichen. Dies sei auch der Punkt, an dem sich die CDU der Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, welche vorgetragen werde, stellen müsse.

Zu der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müsse ein umfassendes und gezieltes Angebot

an individuellen beruflichen Qualifikationen kommen. Daneben müsse die CDU sensibler auf die Probleme der Menschen reagieren, die grund der Arbeits- und Lohnlosigkeit in den sozialen, beruflichen und bildenden, aber auch wirtschaftlichen Bereich Arbeitschancen zu schaffen, die der reguläre Arbeitsmarkt nicht hergibt.

Die Ortsvorsitzendenkonferenz beschloß, in den kommenden Wochen Aktionen aufzuführen, die mit Unternehmen in der Industrie und bei den Selbständigen zusammengeführt werden sollen. Die CDU-Wirtschaftsvereinigung sowie die Aktion „Arbeitslosentelefon“ der CDA-Sozialausschüsse unterstützt werden.

**Kontakt:**  
**CDU-Kreisverband Erftkreis**  
**Blumenstraße 32**  
**5010 Bergheim 1**

In einer Vorsitzendenkonferenz der CDU Erftkreis beschlossen 45 Ortsvorsitzende wichtige Einzelmaßnahmen für die Beschäftigungsoffensive 10 000: So sollen z. B. in Veranstaltungen Kontakte mit örtlichen Unternehmern aufgenommen und Diskussionen mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerksverbände durchgeführt werden. Gleichzeitig soll die Aktion „Unternehmer stellen ein“ der CDU-Wirtschaftsvereinigung sowie die Aktion „Arbeitslosentelefon“ der CDU-Sozialausschüsse unterstützt werden.

## Beispiel: CDU Radevormwald: Hilfe durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Der Informationsdienst der CDU Radevormwald berichtet: „Nur zwei Beispiele für die erfreuliche Aktion (ABM) seien hier einmal herausgegriffen. Da gibt es schon seit einiger Zeit die Hausaufgabenhilfe für Kinder bis zu 14 Jahren im Bürgerhaus.“

Als zweites Beispiel mag das Projekt „Alter Bauhof“ dienen. Hier sollen etwa 14 Jugendliche, die bisher nach der Schule „auf der Straße liegen“, eine einjährige Berufsvorbereitung erfahren. Die Anmel-

dung von bereits 59 Anwärtern zeigt das große Interesse der Jugendlichen. Zwei Ausbilder und Betreuer, ein Schreinermeister und ein Industriekaufmann stehen schon auf Abruf bereit.

Bei der Berufsvorbereitung alleine soll es jedoch nicht bleiben. Die „Väter“ des Projektes haben sich als Ziel gesetzt, die Jugendlichen schließlich entsprechend ihrer Eignung in Dauerbeschäftigungen bei Rader Firmen zu vermitteln. Damit ist die dortige Wirtschaft angesprochen, die außerdem um tatkräftige Spendenhilfe zur Einrichtung und für Material der Schreinerwerkstatt gebeten wird.

**Kontakt:**  
**CDU Radevormwald**  
**CDU — Blickpunkt**  
**Burgstraße 8**  
**5608 Radevormwald**



*Lebhaftes Interesse für den Beruf der Krankenschwester: Junge Mädchen informieren sich bei einer Unterrichtsschwester*

### **Beispiel:**

## **Berufsinformation in Coesfeld**

Weit über 100 arbeitsuchende Jugendliche nutzten ein einmaliges Angebot des CDU-Gemeindeverbandes Nottuln und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Kreisverbandes Coesfeld: Etwa 40 Praktiker verschiedener Berufsgruppen standen für Fragen und Auskünfte zur Verfügung. Im Rahmen dieses Berufsinformationsabends konnten die Jugendlichen vielfältige und direkte Informationen aus erster Hand erhalten.

**Kontakt:**  
CDU-Gemeindeverband Nottuln  
Humboldtweg 9  
4405 Nottuln

## **Jetzt mitmachen!**

Veranstalten auch Sie eine Lehrstellenbörse und/oder Aufklärungsaktion über die neuen gesetzlichen Möglichkeiten, führen Sie z. B. ein Gesprächsforum „CDU-Offensive für mehr Beschäftigung“ durch, bringen Sie in Ihrem Kreis Unternehmer, Gewerkschaften und Betriebsräte zusammen und überlegen Sie gemeinsam, wie vor Ort durch konkrete Maßnahmen und durch die Umsetzung des Beschäftigungsförderungsgesetzes die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann.

Zur Vorbereitung eines Gesprächsforums bietet sich ebenfalls unser Falblatt über das Beschäftigungsförderungsgesetz an:



### **12seitiges Falblatt**

### **„Jetzt einstellen“**

Ausführliche Erläuterungen der Möglichkeiten, die das Beschäftigungsförderungsgesetz bietet.

Mindestabnahme:  
100 Stück

Preis pro  
Mindestabnahme:  
18,— DM

Bestell-Nr. 2658

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum · Postfach 1328 · 4804 Versmold**

# Zur Sache:

## »Jetzt ist Deutschlands Wirtschaft am Ball.«

(BUSINESS WEEK, New York, 20.1.1986)

### So sieht uns das Ausland:

LES ECHOS, Paris, 8.1.1986:

„Alle Ampeln stehen in der Bundesrepublik Deutschland auf grün. Die deutsche Wirtschaft steht wieder auf gesunden Füßen, ... die Deutschen haben es verstanden, einen stark zunehmenden Aufschwung anzukurbeln.“

LIBERATION, Paris, 8.1.1986:

„Die kluge Haushaltspolitik der Regierung hat zur Beibehaltung eines geringen Zinsniveaus geführt. Dies alles, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen.“

LE FIGARO, Paris, 10.1.1986:

„Die wieder selbstbewußt gewordene deutsche Technologie macht Frankreich die Führungsrolle aus den siebziger Jahren streitig.“

BUSINESS WEEK, New York,

20.1.1986:

„Mit drei Prozent Wachstum und niedriger Geldentwertung bestimmt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr das Tempo der Industrieländer... Anders als Japan setzt die Bundesrepublik Deutschland ihre exportinduzierte Belebung in binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung um, der neue Exportmärkte für

andere Länder schaffen wird... Das summiert sich zu mehr als einem schnellebigen Aufschwung im vierten Jahr der wirtschaftlichen Belebung in der Bundesrepublik.“

**Das will die SPD nicht wahrhaben. Seit 1982 verbreiten die Sozialdemokraten falsche Katastrophenmeldungen.**

Wolfgang Roth, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Wirtschaftsfachmann der SPD, 1982:

„Horrorzahlen wie in England - zur Zeit sind dort 3,2 Millionen Menschen ohne Arbeit, mehr als in der großen Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre - scheinen auch bei uns nicht mehr unmöglich zu sein.“

Wolfgang Roth, 1986:

„Tatsache ist, daß der Aufschwung an der breiten Masse der Bürger vorbeigerauscht ist wie ein Traumschiff.“

**Arbeitnehmer - urteilt selbst. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze, wachsendes Einkommen und stabile Preise, florierende Wirtschaft und solide Finanzen, zehn Milliarden Mark für die Familien, sichere Renten.**

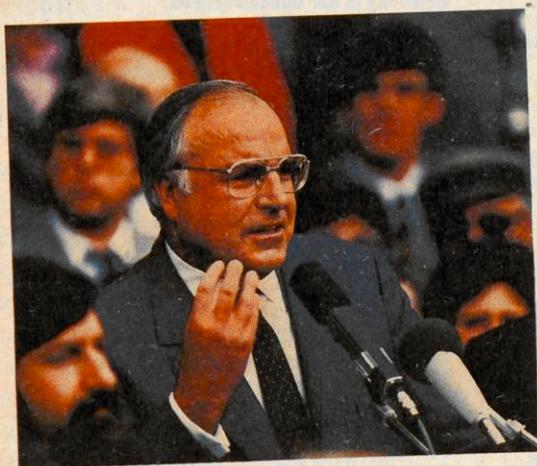
**Die erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl kommt allen Bürgern zugute.**

# CDU

**/// sicher  
sozial  
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# Mit Helmut Kohl weiter auf Erfolgskurs



Unser Land ist auf einem soliden und sicheren Zukunftskurs: Die Wirtschaft wächst. Die positive konjunkturelle Entwicklung hat an Schwung gewonnen. Wir sind Weltmeister in Preisstabilität. Millionen Arbeitnehmer wissen, unsere Politik sichert ihre Arbeitsplätze. 1985 wurde für 200.000 Menschen ein neuer Arbeitsplatz geschaffen. In diesem Jahr wird es voraussichtlich 300.000 neue Arbeitsplätze geben. Dies zeigt, der Aufschwung wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus.

Die Renten sind sicher, und die Staatsfinanzen sind wieder geordnet. Unsere solide Finanzpolitik zahlt sich für alle Bürger aus. Das sind die Verbesserungen für die Bürger ab 1. Januar 1986:

- Eine 20 Mrd.-DM-Steuerentlastung
- Ein 10 Mrd.-DM-Paket für Familien
- 900 Millionen Mark mehr an Wohngeld
- Steuersenkung für biotreibes Benzol und Steuervergünstigung für schadstoffarme Autos - das macht unsere Umwelt sauberer.

Die Bürger können mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft blicken.

Das haben wir der Bundesregierung unter tatkräftiger Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl zu danken. Mit Helmut Kohl ist unser Land weiter auf Erfolgskurs. Seine Politik zahlt sich für alle Bürger aus.

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

*Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.*

# UID

4/86

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.